

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertagen.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 268

Februar 179.

Wildbad, Mittwoch, den 17. November 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Sozialisierung und Ernst.

II.

Inzwischen vollzieht sich in den deutschen Landen eine Art Sozialisierung auf andere Weise, nämlich von der Unternehmenseite her. Träger dieser Bewegung ist Herr Hugo Stinnes. Er ist nicht mehr Person, er ist Programm. Sein Ziel ist Steigerung der Produktion, Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte. Sein Weg: Verarbeitend des Rohstoffs zum Feinprodukt (Driffring) und Beferrschung der Güterverteilung und Güterverteilung. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft, die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und der Bochumer Verein für Gußstahl-Abfertigung haben sich unter seiner Führung zur Rhein-Elbe-Union zusammengeschlossen, und der weitere Schritt dieser Föderation war der Anschluß des Siemens-Schuckert-Konzerns an diese Union. Wenn die finanzielle Kraft dieser neuen Industrie-Gruppe unter Zugrundelegung des Börsenkurzes zahlungsmäßig erfaßt werden soll, kommt man auf eine Summe von etwa 2 1/2 Milliarden Mark.

Aus der Form der Kartell- und Syndikalwirtschaft ist das deutsche Wirtschaftsleben in die Form des Ernsts eingetreten, doch im Vergleich zu Amerika mit dem Unterschied, daß den Wirtschaftseinheiten die Selbstständigkeit gewahrt bleibt. Man ist versucht, den Gedanken des Bismarckschen föderativen deutschen Staatsbunds in das Wirtschaftliche überzusetzen. Ähnlich dem erwähnten Zusammenschluß der Rhein-Elbe-Union mit dem Siemens-Schuckert-Konzern, haben wir bereits eine ganz erhebliche Zahl von föderativen Industrie-Unionen. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat sich das Felten & Guilleaume Carlswerk angegliedert (zum Teil unter Zuhilfenahme von amerikanischem Kapital) und ist dadurch Teilhaberin der luxemburgischen Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen geworden; auf der anderen Seite hat sie mit der Auergeellschaft und — hier greifen die Interessen über — mit Siemens & Halske, unter geplanter Angliederung der Vereinigten Glaswerke, den Grund zu einem deutschen Glaskampfenmonopol gelegt. In der chemischen Industrie sind die acht führenden Werke zu einem Farben- und Stickstoffmonopol vereinigt.

Die im Krieg und in der Nachkriegszeit entstandenen Kapitalvereinigungen, unter denen man sich nicht nur Industrie-Unionen, sondern auch Händlerfirmen vorzustellen hat, sind nach der gleichen Richtung bestrbt, die Grundlagen ihrer Tätigkeit zu verbreitern im Sinn der Zusammenfassung der Kräfte und der Erhöhung der Produktion. So Peter Klöckner, der seine Interessen unter der Führung des Lothringer Hüttenvereins zusammenstellt, welcher Verbindung die Geismeyer Eisenwerke, die Königsborn-Grube und die Georgs-Marienhütte sicher angehören werden, und der die Mannsberg-Werke und die Düsseldorf Eisenindustrie noch angegliedert werden dürfen; nur eine technische Frage ist es ferner, wie die Interessen Klöckners in der Maschinenindustrie in diesen Konzern einbezogen werden. In gleicher Richtung bewegen sich die schwerindustriellen Interessen der Stumm, der Köhling und der Daniel, von denen die Interessen der Legebrunn auch nach Hamburg übergreifen (Deutsche Werft) und sich zum Teil mit denen der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin und der Krupp (Hamburg-Amerika-Paßfahrts-Allianzgesellschaft) kreuzen, wo wieder die Interessen mit Stinnes sich kreuzen.

Im Bankgewerbe das gleiche Bild, wo die Deutsche Bank die Führung unter den Konzernen auch wieder durch die zahlenmäßige Höhe des Aktienkapitals darzutun Gelegenheit nimmt. Ebenso im Brauereigewerbe, wo durch den Zusammenschluß von Schultheiß und Papehofer die größte Lagerbierbrauerei der Welt entstanden ist.

Das wirtschaftliche Ziel der besten Ausnutzung aller Produktionsstufen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier in erster Linie um eine gegen die Sozialisierungsbestrebungen gerichtete kapitalistische Bewegung handelt. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß auf dem Wege privatrechtlicher Organisation das Ziel der wirklichen Förderung der Produktion erreicht werden kann.

Für uns handelt es sich darum, das System zu finden, das in der Lage ist,

1. die Produktion zu heben,
2. den Finanzen des Reichs aufzuhelfen,
3. das Produkt zu verbilligen und
4. unseren internationalen Kredit zu stärken.

Was die Verstaatlichung der Betriebe derzeit unmöglich macht, das ist, wie das „Hamb. Fremdenbl.“ schreibt, einmal der Umstand, daß zur Abführung der Betriebe enorme Abfindungssummen nötig wären, die das Reich aufzubringen nicht in der Lage ist; daß ferner, wie alle Versuche gezeigt haben, der staatliche Betrieb die Produktion verteuert; daß endlich Deutschlands wirtschaftlicher Aufbau ohne fremdländischen Kredit unmöglich ist, aber das ausländische Privatkapital sowohl wie die ausländischen Sachverständigen auf der Finanzkonferenz in Brüssel haben erklärt, daß man Deutschland keinen Kredit gewähren werde, wenn es zur Sozialisierung schreite.

Auf der anderen Seite muß die Frage geprüft werden, ob die Vertrustung, d. h. die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Betriebe nach Wirtschaftsgebieten auch die Grundlage abgeben kann für das Zusammenarbeiten aller einbezogenen Wirtschaftskräfte, d. h. für das Zusammenarbeiten des Unternehmertums mit der Handarbeiter- und Angestelltenchaft. Da ist denn hervorzuheben, daß der Gedanke der Beteiligung des des Arbeiters am Unternehmen gerade von den Kreisen ausgegangen ist, die heute die Träger des Ernstgedankens sind. Der Gedanke der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten auf dem Weg über die Kleinaktie, die heute wieder im Vordergrund der Meinungen steht, ist bereits vor zwei Jahren von der Pöbner-Bergbau-A.-G. angeregt worden. Und hier liegt die Möglichkeit des Ausgleichs der Interessen der einzelnen Wirtschaftskräfte.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Nach amtlicher Feststellung ist das Ergebnis der Landtagswahlen vom 14. November folgendes: Deutschnationale Volkspartei 20 (bisher 13), Deutsche Volkspartei 18 (4), Demokraten 8 (22), Zentrum 1 (0), Sozialdemokratie 27 (42), Unabhängige rechts 13, links 3 (bisher zusammen 15), Kommunisten 8 (0). Die Deutschnationalen haben also 7 Sitze gewonnen, Deutsche Volkspartei 14, Zentrum 1. Die Sozialdemokratie hat 7 Sitze zunächst an die Radikalen verloren, darüber hinaus aber weitere 8 Mandate, die ihr von den Deutschnationalen und vom Zentrum abgenommen worden sind. Die der Demokratie verloren gegangenen Stimmen scheinen fast ausnahmslos der Deutschen Volkspartei zugute gekommen zu sein; der Verlust der demokratischen Partei mit 14 Mandaten macht gerade den Gewinn der Deutschen Volkspartei aus. Die Kommunisten haben einen Gewinn von 6 bzw. 9 Mandaten zu verzeichnen, während die gespaltenen Unabhängigen nur 1 weiteres Mandat erhielten; tatsächlich hat die Partei der Unabhängigen einen Verlust von zwei Sitzen zu buchen, denn die 3 linksunabhängigen sind parteipolitisch den Kommunisten zuzurechnen.

Die Wahlen brachten, wie bisher, sämtliche Neuwahlen im Reich, einen starken Rück nach rechts. In der seitherigen Nationalversammlung hatten die beiden sozialistischen Parteien zusammen 57, die bürgerlichen 39 Sitze. Da aber die Unabhängigen in der Opposition waren, so vereinigte sich die sozialdemokratische mit der demokratischen Partei zum sogenannten Regierungsbündel, der mit 64 (42 und 22) gegen 33 Stimmen der Opposition eine tragfähige Zweidrittelmehrheit ergab. Die Lage ist jetzt wesentlich verschoben. Die bürgerlichen Mandate machen fast die Hälfte aus, 47 gegen 49. Die Frage ist nun, wie in Sachsen eine Regierungsmehrheit zustande kommen kann. Eine rein bürgerliche ist zahlenmäßig nicht gut denkbar, eine rein sozialistische stünde auf zu schwachen Füßen, auch wenn ihr die Demokratie beitreten würde. Es ist aber wohl sicher, daß die linksunabhängigen und die Kommunisten an der Regierungsabildung sich nicht beteiligen. Eine Koalition der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Demokraten wäre schon von vornherein mit zusammen 60 bis 48 Stimmen nicht regierungsfähig. Es bliebe noch der Weg einer Verbindung von Sozialdemokratie, Deutsch-Volkspartei, Demokratie und Zentrum. Dies ergäbe wohl die schwache Mehrheit von 51 gegen 42 Mandaten, allein es erscheint fraglich, ob die Sozialdemokratie zurzeit zum Beitritt zur Koalition in Sachsen geneigter ist als im Reichstag und in Bayern und Württemberg.

Das Beispiel des Reichstags, wo eine Minderheit (Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratie) unter wohlwollender Neutralität der Sozialdemokratie die Regierung bildet, dürfte in Sachsen nicht so leicht nachzumachen sein. Immerhin dürfte noch die Bildung eines Geschäftsrats oder Beamtenministeriums wie in Oesterreich offen stehen. Und damit würde man vermutlich gar nicht schlecht fahren.

Neues vom Tage.

Der Reichskanzler in Köln.

Köln, 16. Nov. Im Gürzenichsaal sprach gestern Reichskanzler Fehrenbach über die Lage in Deutschland in ähnlicher Weise wie am Sonntag in Düsseldorf. Seine Worte: Den Krieg hat weder das deutsche Volk, noch die damalige Regierung, noch der deutsche Kaiser gewollt, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der Kanzler sagte: Er hoffe, wenn auch nicht von der Gegenwart, so doch von der Zukunft, daß die ehemaligen Feinde den Teil der Schuld, der sie angeht, auf sich nehmen werden. Wir hoffen von der sich durchziehenden Weisheit der Menschheit, daß der unmögliche Vertrag von Versailles geändert wird.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 16. Nov. Der Deutsche Schutzbund teilt mit: Die Sonderzüge, die die stimmberechtigten Oberschlesier aus dem Reich in das Abstimmungsgebiet bringen, werden geheizt sein. Um eine gute Beheizung unter allen Umständen sicherzustellen, werden die Sonderzüge mit Heizwagen versehen. Die Sonderzüge fahren mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometern in der Stunde, also annähernd mit D-Zug-Geschwindigkeit. Für alte, kränklige oder kriegsbeschädigte Stimmberechtigte stehen Wagen 2. Klasse zur Verfügung. Alle Vorbereitungen für die Reise und die Unterbringung der Stimmberechtigten sind so getroffen, daß niemand von der Teilnahme an der Volksabstimmung zurückzubleiben braucht, selbst wenn der Termin in die nächsten Wintertage fällt.

Der Fall Hirsch.

Berlin, 16. Nov. Der Hauptauschuss des Reichstags behandelte gestern die von dem deutschnationalen Abgeordneten Kerkhoff erhobene Beschuldigung gegen den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch, dieser habe ihm (Kerkhoff) für seine Maßnahmen zu gewinnen versucht, indem er Geschäftsvorteile versprochen. Der Reichswirtschaftsminister erklärte, die eingeleitete Untersuchung habe noch keine völlige Klärung des Falls ergeben. Gegen Dr. Hirsch ist auf seinen Antrag ein Disziplinarverfahren eingeleitet, dessen Ergebnis der Ausschuss entscheiden will.

Reichsgesandter in Darmstadt.

Berlin, 16. Nov. Vant „Vorwärts“ wird an Stelle des bisherigen Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes in Darmstadt der Graf Verckenfeld als Bevollmächtigter der Reichsregierung mit dem Titel „Gesandter bei der Hessischen Regierung“ beglaubigt.

Fremde Schiffsahrtsgesellschaften in Hamburg.

Hamburg, 16. Nov. Der Hamburger Korrespondent“ erfährt, daß amerikanische und englische Schiffsahrtsgesellschaften beabsichtigen, im Hamburger Hafen eigene Kaianlagen zu schaffen.

Die Hilfskolonisten in der Badstube.

Berlin, 16. Nov. Die deutschnationalen Abgeordneten Diener und Riesenberg, beide Bäckermeister, haben im Reichstag eine Anfrage über einen Vorgang eingebracht, der auf einer Innungsverammlung der Bäcker-Innung zu Frankfurt am Main am 18. Okt. zur Sprache gebracht worden ist. Darnach hat am 16. Okt. ein Frankfurter Bäckermeister morgens halb 5 Uhr in seiner Badstube zwei Hilfskolonisten angetroffen, die über eine Mauer in die Badstube geklettert waren, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Bei einem anderen Bäckermeister haben die Kolonisten zu dem gleichen Zweck mit Dietrichen die Haustür geöffnet und vier Fensterscheiben eingedrückt. Die beiden Abgeordneten richteten an die Regierung die Anfrage, ob sie bereit ist, einer Wiederholung solcher Rechtsverletzungen mit allem Nachdruck vorzubeugen.

